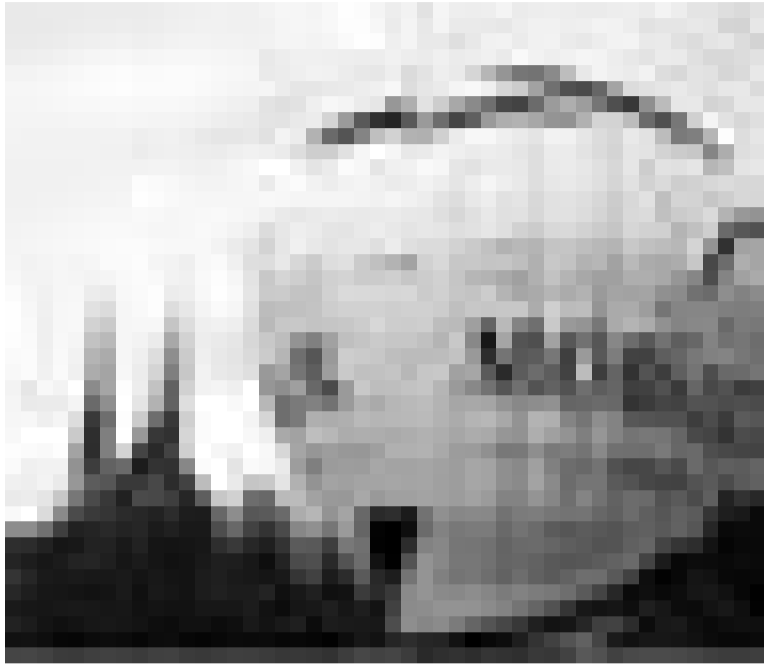


MOBILFUNKANTENNEN

Verbieten verboten



Denkmäler genießen zukünftig Schutz vor Mobilfunkbetreibern.
(Foto: Richard Graf)

Ein Plan sectoriel soll demnächst die Errichtung von Mobilfunkantennen regeln. Eigentlich aber bleibt alles beim Alten. Der Plan soll nur verhindern, dass gegen die Antennen vor Gericht geklagt wird.

(RK) - Auf der einen Seite brauchen die Mobilfunkbetreiber immer mehr Sendeanlagen, auf der anderen Seite gibt es gegen diese Sender immer mehr Widerstand in der Bevölkerung. So hieß es bereits im Dezember 2000 im gemeinsamen Pressedossier von Umwelt- und Innenministerium zur Einführung neuer Grenzwerte für Mobilfunkantennen. Seinerzeit hatte Umweltstaatssekretär Eugène Berger die Forderung der Grünen abgelehnt, mittels eines Plan sectoriel die Standorte für Antennen zentral zu koordinieren. Am vergangenen Freitag waren die Rahmenbedingungen für Mobilfunkantennen Thema im Regierungsrat - ein Plan sectoriel soll nun den Handlungsspielraum beim Erteilen von Genehmigungen erweitern.

Was soll dieser Plan sectoriel bewirken? Marc Sünnen, Jurist im Innenministerium, erklärt: "Vor Gericht werden die Genehmigungen für Antennen eine nach der anderen gekippt. Wir mussten eine Lösung dafür finden." Das Problem rührt daher, dass Genehmigungen in Übereinstimmung mit dem Bebauungsplan, dem "Plan d'aménagement général" (PAG) der jeweiligen Gemeinde erteilt werden müssen. Weil in kaum einem PAG das Errichten von Mobilfunkantennen ausdrücklich vorgesehen ist, entschieden die Gerichte, dass die Genehmigungen ungültig sind. Der Plan sectoriel ist eine der legalen Möglichkeiten des Staats, Regelungen des PAG außer Kraft zu setzen. "Es schien uns die beste Lösung, die 'situation de non-droit' in der sich viele der Mobilfunkantennen befinden, zu beheben", so Marc Sünnen.

Der Plan sectoriel sieht vor, dass BürgermeisterInnen Genehmigungen für Antennen erteilen können, auch wenn sie im Widerspruch zum PAG stehen. Dagegen können sie Genehmigungen verweigern in Fällen, in denen der Standort in einer im PAG ausgewiesenen Landschafts- oder Denkmal-Schutzzone liegt, selbst wenn der Betreiber alle anderen gesetzlichen Bedingungen einhält. Ob dies wirklich die Rolle der BürgermeisterInnen verstärkt, wie es im offiziellen Bericht über den Regierungsrat heißt, ist fraglich. Es scheint, dass sie in fast allen Fällen die Genehmigungen werden erteilen müssen.

Landschaft vor Gesundheit

Immerhin ist eine Kommission mit VertreterInnen aus mehreren Ministerien vorgesehen, die Gemeinden und Netzbetreiber beraten soll. "Die Praxis wird zeigen, welchen Einfluss diese Kommission nimmt. Die Betreiber jedenfalls müssen sich an ihre Vorgaben halten", versichert Marc Sünnen. Der Plan sectoriel werde keine Standorte festlegen, erklärt er. Sowieso handle es sich dabei um ein Instrument für Landesplanung, ein Standort könne höchstens aus urbanistischen Überlegungen heraus abgelehnt werden. Bereiche wie Hygiene und Strahlenschutz würden weiterhin nur im Rahmen der Kommodo-Prozedur abgedeckt.

Jean Huss ("Déi Gréng") ist skeptisch: "Den Plan sectoriel der Regierung werden wir noch im Detail analysieren. Bei unserem Vorschlag vor zwei Jahren ging es darum, landesweit Richtlinien für die Standortwahl vorzugeben, zum Beispiel nicht oder wennmöglich nicht in Wohngebieten." Die Einhaltung der Grenzwerte, die durch die Kommodo-Prozedur sichergestellt wird, reicht ihm nicht aus. Die Forschung habe gezeigt, dass weit unter dem Luxemburger Grenzwert für Strahlungsdichte noch biologische Effekte ausgelöst würden. Welche Folgen das auf die menschliche Gesundheit habe, könne niemand vorhersehen.

Was auch Jean Huss zugeben muss: Luxemburg ist das Land in Europa, das den strengsten Grenzwert, eine Feldstärke von drei Volt pro Meter, vorgibt. Allerdings ist dieser Grenzwert, der weit unter der EU-Empfehlung liegt, das einzige Instrument, um dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen. Angesichts

der Unsicherheit über die von der Strahlung ausgehenden Gefahren, hieß es im Dezember 2000 seitens der zuständigen Ministerien vielversprechend: "Vermeidbare Belastungen sind zu vermeiden." Wie, das wurde nicht ausgeführt.

Umstrittener Grenzwert

"In der Kommodo-Prozedur haben wir grundsätzlich nur über das vom Betreiber eingereichte Projekt zu entscheiden. Wir können keinen Einfluss auf den Standort nehmen", erklärt Claude Geimer, Leiter des "Service des établissements classés" der Umweltverwaltung. In puncto Strahlenschutz beschränke sich die Kommodo-Prozedur auf die Vorgabe von Grenzwerten. Das Vorsorgeprinzip werde durch die strengen Grenzwerte umgesetzt, das sieht auch Marc Sünnen so.

Im Prinzip könnten Bürgermeister sich nicht auf die Gesundheitsgefährdung der Bürger berufen, um Genehmigungen zu verweigern, weil sie dafür nicht zuständig seien. "Bei den bisherigen Verfahren in Luxemburg wurde der 'Trick' mit dem PAG benutzt, doch es ging um die Angst vor den Strahlen. Mit der Einführung des Plan sectoriel werden die Antennenkritiker wohl versuchen, auf andere Rechtsmittel zurückzugreifen." Auf die Frage, ob das Vorsorgeprinzip einklagbar sei, verweist Marc Sünnen auf Verfahren im Ausland. In Frankreich hätten die Gerichte solche Klagen abgelehnt, in Belgien dagegen seien sie erfolgreich gewesen.

Claude Geimer hält die Grenzwerte für angemessen. Mittlerweile stehe Luxemburg sogar unter Druck aus Brüssel, weil seine "restriktive" Genehmigungspraxis nicht in Einklang mit den EU-Vorgaben sei. Auch Jean Huss weiß um die Bestrebungen der Mobilfunkbetreiber, auf europäischer Ebene lasche Grenzwerte verbindlich durchzusetzen. "Die Betreiber versuchen einen Durchmarsch, bevor die Ergebnisse der ersten wissenschaftlichen Studien ins Bewusstsein der Leute gedrungen sind", befürchtet er. "Der Schuss wird nach hinten losgehen, wenn, wie bei der Atomenergie, die Menschen erst einmal wach werden."

kommentar

Finger weg vom Lohn!

Austeritätspolitik und Eingriffe in die Lohnpolitik wären die falsche Antwort auf die wirtschaftliche Situation.

Seit dem letzten Konjunkturbericht des Statistischen Amtes ist die Diskussion über die wirtschaftliche Situation Luxemburgs neu entbrannt. Es wird über Rezession gefachsimpelt, und es ist unverkennbar, dass sich die Arbeitsmarktsituation verschlechtert, dass sich Unsicherheit in der Wirtschaft breit macht. Der OGBL hat sich auf seinem Gewerkschaftstag vom 24. Januar mit dem Thema befasst und sich klar gegen eine staatliche Austeritätspolitik, sozialpolitische Verschlechterungen und Eingriffe in die Lohnpolitik ausgesprochen. Eine derartige Politik wäre wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, da sie besonders den Handel, das Handwerk und die lokalen Dienstleistungsbetriebe, die vom Konsumverhalten der Bevölkerung abhängig sind, treffen würden. Wir müssen uns bewusst sein, dass dies gesamtwirtschaftlich die Wirtschaftparameter äußerst negativ beeinflussen würde. Sicherlich wird es aber auch wieder eine Diskussion über die Wettbewerbssituation der Betriebe in Luxemburg geben und dabei wird wohl auch der Lohnfaktor wieder ins Gespräch gebracht werden, umso mehr in den letzten Jahren die Gewerkschaften eine erfolgreiche offensive Tarifpolitik betrieben haben, um den Rückgang der Lohnquote in den 90er Jahren wieder wettzumachen. Wichtig bei der Diskussion über die Tarifpolitik ist es, aber im Auge zu behalten, dass die Tarifpolitik in Luxemburg sehr differenziert ist und stark die betriebliche oder sektorielle Situation berücksichtigt. Möglich ist diese Politik, weil wir die automatische Indexierung der Löhne an die Preisentwicklung haben. In dem Zusammenhang ist es begrüßenswert, dass es augenblicklich keine ernsthafte Infragestellung der Lohnindexierung seitens der Arbeitgeber oder der Politik gibt.

Ein anderer Faktor in der Lohnpolitik, der politisch zu beeinflussen ist, ist der Mindestlohn. Die Erhöhung des Mindestlohnes ist aber eher eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, als dass sie große gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf die Lohnentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hätte. Dem gegenüber ist die Personalpolitik der Betriebe von viel größerer Bedeutung und in diesem Bereich stellen wir eine Zunahme der amerikanischen Unsitten fest. Deshalb gibt es für den OGBL keine Ursache, von den Prinzipien, die seiner Lohn- und Kollektivvertragspolitik zu Grunde liegen, abzurücken. Es gibt aber viele Gründe sich für eine offensive Beschäftigungspolitik und für mehr Demokratie am Arbeitsplatz stark zu machen.

Jean-Claude Reding ist Generalsekretär des OGBL.

Wasserstoff-Träume

Ist Wasserstoff der Energieträger der Zukunft? Ein kritischer Blick auf den "hydrogen hype".

Virus gilt nicht

Die woxx kämpft. Nein, sie hat nicht etwa ihre pazifistische Überzeugung über Bord geworfen und sich freiwillig für den Krieg um Öl und Macht gemeldet - sie kämpft gegen Bakterien und Viren, die seit Tagen die heiligen woxx-Hallen bevölkern und die woxxlerInnen zu schwächen versuchen. Nicht nur, dass die Verwaltungsratspräsidentin von einer Lungenentzündung erfasst wurde, auch zwei RedakteurInnen hingen zuletzt in den Seilen. Das hielt das woxx-Team jedoch nicht davon ab, der großen Anti-Kriegs-Demo beizuwohnen, um gegen einen anderen Virus zu demonstrieren: den virus belli, den Kriegsvirus, der vor allem im Weißen Haus zu Washington zu grassieren scheint, aber bisweilen auch den einen oder anderen europäischen Politiker in der spätpubertären Zinnsoldaten-Star-Wars-Rambo-Phase erfasst. Letztere seien gewarnt: Angeschlagene woxxlerInnen sind umso gefährlicher.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: **GréngSpoun** - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Monique Ludovicy (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxemburg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam GréngSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79